



Landratsamt Fürth

Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 29. Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum:	Montag, 09.12.2024
Beginn:	08:30 Uhr
Ende	09:40 Uhr
Ort:	Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2, Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Huber, Birgit, 1. Bürgermeisterin
Kreisrat Kistner, Marco, 1. Bürgermeister
Kreisrätin Krach, Renate
Kreisrat Löbel, Christian
Kreisrätin Meyer, Evelyn
Kreisrätin Plevka, Melanie
Kreisrat Pleyer, Claus-Georg
Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister
Kreisrätin Seifert, Adelheid, weitere Stellvertreterin des Landrats
Kreisrat Tiefel, Werner
Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister
Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Döhler, Jörg Verwaltungsamtmann
Eder, Christoph Verwaltungsoberinspektor
Egerer, Klaus Dipl. Ing. (FH) M.Eng. Architekt
Ell, Christian Verwaltungsfachwirt
Gaar, Kerstin Auszubildende
Hofmeister, Franziska Regierungsrätin
Knoll, Benjamin Verwaltungsrat
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Maurer, Marco Verwaltungsamtsrat
Thirmeyer, Stephan Regierungsdirektor

Presse

Harald Ehm, Redakteur Fürther Nachrichten

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|------------|--|-------------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 28. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 30.09.2024 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland – aktueller Sachstand | 220/2024 |
| 2.2 | Jahressteuergesetz 2024: Verlängerung Optionszeitraum für die Anwendung des § 2b UStG; Inanspruchnahme der Option zum Verbleib im UStG in der alten Fassung (mit § 2 Abs. 3 UStG) bis 31.12.2026 | 224/2024 |
| 3 | Zusammenführung der Satzung über die Ehrenzeichen des Landkreises Fürth und der Satzung über die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements im Landkreis Fürth | 227/2024 |
| 4 | Ergebnisse Spar- und Strategiekommission 2024 | 226/2024 |
| 5 | Arbeitgeberzuschuss zum Deutschlandticket | 175/2024 |
| 6 | Neuerungen zum Deutschlandticket | 196/2024/1 |
| 7 | Ausschreibung der 70er Linien im Landkreis Fürth | 210/2024/1 |
| 8 | Wahlfreiheit für Schüler und Schülerinnen aus Seukendorf und Teilen Zirndorfs | 207/2024/1 |
| 9 | Anfragen | |

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:30 Uhr die 29. Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 28. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 30.09.2024 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	---

Kreisrätin Renate Krach (CSU) merkt zum Protokoll an, dass die Absetzung des Tagesordnungspunkts 10 in den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift aufzunehmen ist.

Die Niederschrift über die 28. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 30.09.2024 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage wird mit der angesprochenen Änderung genehmigt.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland – aktueller Sachstand

Der **Vorsitzende** stellt die Mitteilung vor.

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 2.2	Jahressteuergesetz 2024: Verlängerung Optionszeitraum für die Anwendung des § 2b UStG; Inanspruchnahme der Option zum Verbleib im UStG in der alten Fassung (mit § 2 Abs. 3 UStG) bis 31.12.2026
----------------	---

Der **Vorsitzende** stellt die Mitteilung vor.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) merkt an, dass der Landkreis nur aktiv werden müsste, wenn er die Neuregelung anwenden möchte. **Martin Kohler** (Kreiskämmerer) bestätigt dies.

Das Gremium nimmt von der Inanspruchnahme der Verlängerungsmöglichkeit zur Anwendung des neuen Umsatzsteuerrechts in der Fassung mit § 2b UStG Kenntnis.

TOP 3	Zusammenführung der Satzung über die Ehrenzeichen des Landkreises Fürth und der Satzung über die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements im Landkreis Fürth
--------------	---

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt vor. Für die Auszeichnung einer Gruppierung für besonderes ehrenamtliches Engagement im Landkreis wurde ein Sponsor gefunden. Die Sparkasse Fürth hat sich bereit erklärt, analog der Auszeichnungen „Junger Held / Junge Heldin“ bzw. „Stiller Held / Stille Heldin“ den Preis für die Gruppe zu stiften.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) schlägt die redaktionelle Änderung vor, im Beschlussvorschlag das Wort „zuzustimmen“ durch „zu beschließen“ zu ersetzen.

Die Änderung wird aufgenommen. Der geänderte Beschlussvorschlag kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, der in der Anlage beigefügten „Satzung über die Ehrenzeichen des Landkreises Fürth“ zu beschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 4 Ergebnisse Spar- und Strategiekommission 2024

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei den Mitgliedern der Sparkommission für die intensiven Überlegungen, die in den Sitzungen zum künftigen Landkreishaushalt angestellt wurden. Er hebt die Bedeutung der Kommission hervor und betont, wie wichtig es war, diese frühzeitig zu etablieren und die Mitglieder des Kreistages aber auch die Bürgermeisterin und die Bürgermeister, die der Kommission angehörten, mitzunehmen. In den Diskussionen wurde deutlich, dass viele Themen gesetzlich normierte Ansprüche betreffen und dass diese oft noch ausgeweitet werden, wodurch dem Landkreis weniger Ermessensspielraum bleibt. Als Beispiel nennt er den § 41 Abs. 1 SGB VIII, wo aus einem „sollen“ ein verbindliches „muss“ geworden ist. Er ermutigt die Fraktionen, den Kontakt zu den Abgeordneten zu suchen und die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) hebt die Einsparungen beim Personal hervor. Dabei weist er auf seinen mahnenden Finger hin, bei Förderprogramme kritischer hinzuschauen, die zu einer Erhöhung der Stellen und damit zu zusätzlichen Kosten führen. Auch nach dem Auslaufen der Förderung würden diese Stellen auf Kosten des Landkreises und der Gemeinden bestehen bleiben. Der **Vorsitzende** gibt eine kurze Replik. Er spricht die Bürokratie bei Förderprogrammen und den gewaltigen Aufwand im Vorfeld an, um die Förderungen zu ziehen. Das „Förderunwesen“ mehr in den Griff zu bekommen, ist eines der Themen beim Bay. Landkreistag.

Kreisrat Norbert Schikora (B´90/Die Grünen) äußert gemischte Gefühle zum Haushalt. Er betont das ehrliche Miteinander in der Kommission, um die finanziellen Möglichkeiten zu prüfen. Dennoch stellt er fest, dass das Geld fehlt, insbesondere in Oberasbach, wo negative Nachrichten die Situation verschärfen. Die 0,73 Hebesatzpunkte sieht er als Tropfen auf den heißen Stein. Die Herausforderungen der Kommunen sollten in den Bundestagswahlkampf eingebracht werden, da es um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und das Miteinander geht. Der Sparhaushalt ist zwar akzeptabel, bietet aber keine wirkliche Lösung. Der **Vorsitzende** betont, dass die Kommunalfinanzen vor einer „Zeitenwende“ stehen. Es sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um auf höherer Ebene auf die Thematik aufmerksam zu machen.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) lobt die sorgfältige Vorbereitung der Sparvorschläge und unterstützt die Ergebnisse. Er hinterfragt jedoch, ob die Kommission ausreichend strategische Überlegungen angestellt hat. Er ist der Ansicht, dass die Einsparungen von 0,73 Punkten nicht ausreichen. Daher hätte er sich gewünscht, dass Themen wie Klimaschutzmanagement, Radverkehrsbeauftragte, Integrationslotsen und Flüchtlingsberatung einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass ohne die Integrationslotsen des Landkreises die Arbeit der Helferkreise vor Ort erheblich erschwert würde. Sie sind wichtig, um das Engagement in den Kommunen aufrechtzuerhalten. **Stephan Thirmeyer** (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie) ergänzt, dass die Integrationslotsen zu 80 % staatlich geförderte Stellen sind, die das Ehrenamt in den Gemeinden unterstützen. Ohne dieses Engagement wären die Rathäuser überlastet und die Aufgaben müssten von festem nicht ge-

förderten Personal übernommen werden. Er hebt hervor, dass der Landkreis durch das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe erheblich entlastet wird. Zudem informiert er über strategische Maßnahmen zur Kostenkontrolle im Jugendamt, wie den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen und die Einführung von Stütz und Förderklassen. Auch mit dem Modell Schulbegleiter-Pool sollen Kostensteigerungen reduziert werden. Abschließend informiert er über das Softwareprojekt im Jugendamt, das die Kostenkontrolle und Transparenz in den Leistungsbereichen verbessert.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) stellt fest, dass die Kommission nicht das ganz große Rad drehen konnte, da die Verwaltung teilweise schon „auf Kante“ arbeitet und Sparvorschläge erarbeitet hat. Für das kommende Jahr befürchtet sie deutliche Defizite im Jugendamtsbereich, da die gesetzlichen Vorgaben keine Alternativen zulassen. Die bestehenden Standards sind für die Kommunen nicht mehr tragbar, weshalb auf höhere Ebene gehandelt werden muss. Positiv hebt sie die strategischen Überlegungen im ÖPNV sowie Maßnahmen wie JaS und die Stütz- und Förderklassen hervor.

Kreisrätin Evelyn Meyer (B'90/Die Grünen) würdigt die Arbeit der Sparkommission. Sie ist jedoch der Meinung, dass reine Einsparungen nur kurzfristig wirksam sind und langfristig dem Landkreis „auf die Füße fallen“ könnten. Sie sieht Potential für Einsparungen durch die Einführung neuer Konzepte, um beispielsweise mit den Herausforderungen an den Schulen umzugehen. Besonders im ÖPNV sieht sie konkurrierende Ziele und plädiert dafür, sich auf bestimmte Bereiche zu fokussieren.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AfD) stellt klar, dass er dies in Bezug auf strategische Überlegungen meinte. Aus seiner Sicht kam die Frage in der Sparkommission etwas zu kurz, wie der Landkreis seine Resilienz stärken kann, um Probleme langfristig abzumildern.

Kreisrat Werner Tiefel (FW) würdigt die Einblicke der Kommission in verschiedene Bereiche und betont, dass der Landkreis nicht überall Einsparungen vornehmen kann. Es ist wichtig, dass das Personal angemessen besetzt ist. Die Sparkommission hat verdeutlicht, dass es nicht um Geschenke geht, sondern um grundlegende Strukturen, die von Bund und Land bereitgestellt werden müssen.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) greift die Wortmeldung von Kreisrat Pleyer auf und weist nochmals auf die strategischen Entscheidungen wie JaS und die Stütz- und Förderklassen hin.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) unterstützt die Ansichten von Kreisrätin Krach und Kreisrätin Meyer. Sie ist der Meinung, dass der Landkreis in diese Richtung weiterarbeiten sollte. Sie betont die Notwendigkeit, zukunftsorientierte Strategien für den Landkreis zu entwickeln und bspw. mit neuen Konzepten im Schulbau eine Raumersparnis für Schulen zu bringen.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die von der Sparkommission erarbeiteten Sparvorschläge mit Einsparungen im Ergebnishaushalt 2025 in Höhe von 1.240.716,94 Euro und im Finanzhaushalt in Höhe von 2.192.300 Euro final zu beschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 5 Arbeitgeberzuschuss zum Deutschlandticket
--

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss:

Der Landkreis Fürth gewährt seinen Mitarbeitenden weiterhin einen steuerfreien Arbeitgeberzuschuss i.H.v. 25%.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 6 Neuerungen zum Deutschlandticket

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit dem Erlass der erforderlichen Allgemeinen Vorschrift zum Deutschlandticket im Landkreisgebiet für die Laufzeit vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2025 beauftragt und ermächtigt.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 7 Ausschreibung der 70er Linien im Landkreis Fürth

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt der Vorlage vor.

Kreisrat Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) versteht die Probleme beim Aufbau einer kostenneutralen Ladeinfrastruktur. Trotzdem sei es Hausaufgabe des Landkreises, sich darauf vorzubereiten. Eine gesetzliche Regelung ist keine unverbindliche Handlungsempfehlung, sondern legt verbindlich einen Mindeststandard fest. Er kann dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Kreisrat Norbert Schikora (B'90/Die Grünen) hält fest, dass das SaubFahrBeschG nicht nice to have ist. Er betont die Notwendigkeit des Gesetzes und spricht die Auswirkungen des Klimawandels vor Ort an. Die Gesetzgebung ist ein Versuch, den Rahmen für eine nachhaltigere Mobilität zu schaffen. Er sieht, dass die Umsetzung dieser konkreten Maßnahme die finanziellen Möglichkeiten des Landkreises übersteigt, unterstreicht aber die Dringlichkeit, gemeinsam alternative Ansätze zu finden, um die großen Herausforderungen zu bewältigen.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die Verwaltung verantwortungsbewusst mit der Thematik umgeht und das Gesetz ernsthaft umsetzen will. Der Landkreis leistet durch den hohen Anteil an sauberen Fahrzeugen einen Beitrag zur Nachhaltigkeit und berücksichtigt dabei die wirtschaftliche Realität.

Kreisrat Marco Kistner (CSU) weist auf die Bemühungen der Sparkommission hin und dankt der Verwaltung, dass sie durch die Festlegung eines hohen Standards an anderer Stelle nicht die gesamten Sparbemühungen der Kommission pulverisiert. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung ist ein Kompromiss, der angesichts der aktuellen Finanzsituation zwingend ist.

Kreisrat Werner Tiefel (FW) schließt sich den Worten von Kreisrat Kistner an und steht hinter dem Vorschlag der Verwaltung.

Kreisrätin Melanie Plevka (SPD) stimmt den beiden Vorrednern zu und sieht den Landkreis auf einem guten Weg. Sie weist darauf hin, dass eine deutliche Erhöhung der Kosten für den ÖPNV die Bereitschaft der Menschen, auf das Auto zu verzichten, verringern könnte.

Kreisrätin Evelyn Meyer (B'90/Die Grünen) spricht die drei Säulen Ökologie, Soziales und Ökonomie an und stellt fest, dass der Landkreis oft nur die ökonomischen Aspekte berücksichtigt, da die finanziellen Mittel begrenzt sind. Das häufige Argument „Das können wir uns nicht leisten“, ist ihrer Meinung nach kurzfristig gedacht und berücksichtigt nicht die kommenden Generationen.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Verwaltung eine gute Vorlage erarbeitet hat. Der Landkreis kommt der Intention des SaubFahrBeschG nach und schlägt mit der Verwendung von klimafreundlichem HVO Diesel und zwei batteriebetriebenen Bussen eine strategisch gut überlegte und nachhaltige Lösung für die Ausschreibung der 70er Linien vor. Dieser Vorschlag gewährleistet auch in Zukunft ein hochwertiges ÖPNV-Angebot, anstatt den Rasenmäher anzusetzen. Zudem informiert er über die Aufhebung der Ausschreibung für die geplanten Busverkehre im Landkreis Bamberg, da die Angebotspreise völlig den Rahmen sprengen.

Auf ihre Nachfrage führt **Christoph Eder** (ÖPNV) aus, dass jeder Linienbus ohne Umrüstung mit HVO 100 betankt werden kann und alle großen Kreisstädte einen Betriebshof haben.

Kreisrat Thomas Zwingel (SPD) erklärt, dass der Kreistag über kurz oder lang die Finanzdiskussion fortsetzen müsse, einschließlich der Überlegung zu einem möglichen Standardabbau. Dabei gilt es einen Kompromiss zwischen finanziellen Aspekten und ökologischen Zielen zu finden. Mit der Vorlage hat die Verwaltung einen guten Weg gefunden. Er unterstützt den Ansatz der Verwaltung.

Kreisrätin Renate Krach (CSU) schließt sich Kreisrat Zwingel an. Mit Blick auf die Ausschreibung im Landkreis Bamberg und angesichts der aktuell fehlenden Förderungen für Unternehmen ist der Vorschlag der Verwaltung ein positiver Kompromiss, den sie gut mitgehen kann.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt zu, die Vorabbekanntmachung sowie Ausschreibung der 70er Linien anhand einer Kombination von sauberen Fahrzeugen und immissionsfreien Fahrzeugen zu veranlassen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 3

TOP 8	Wahlfreiheit für Schüler und Schülerinnen aus Seukendorf und Teilen Zirndorfs
--------------	--

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt vor. Auf Nachfrage von **Kreisrat Marco Kistner** (CSU) informiert er zu den Überlegungen zur Wahlfreiheit für Schüler und Schülerinnen aus Veitsbronn. Wenn diese Schüler die Wahlfreiheit hätten, würde der Standort des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums gefährdet.

Kreisrat Werner Tiefel (FW) äußert sich positiv zur Wahlfreiheit für Seukendorfer Schülerinnen und Schüler.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt zu, dass

1. für Schülerinnen und Schüler aus Seukendorf Wahlfreiheit zwischen dem Wolfgang-Borchert-Gymnasium und dem Cadolzheimer Gymnasium besteht.
2. für Schülerinnen und Schüler aus Weiherhof und Banderbach Wahlfreiheit zwischen dem Dietrich-Bonhoeffer Gymnasium Oberasbach und dem Cadolzheimer Gymnasium besteht.

Der Landkreis trägt die Kosten für die Schülerbeförderung an das Gymnasium Cadolzburg in den vorgenannten Fällen in voller Höhe.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Landrat Bernd Obst schließt um 09:40 Uhr die 29. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.

Zirndorf, den 14.01.2025

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in